



Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel
Email: sayn@wittgenstein.ltsh.de

P R E S S E M I T T E I L U N G 12/2020

Kiel, den 30. März 2020

„Wirtschaftliche Schäden von historischem Ausmaß“

„Shutdown“: Ökonomen warnen vor drastischen Folgen der Corona-Krise

Während die Politik die Bevölkerung noch auf eine längere Auszeit wegen der Corona-Pandemie einzustimmen versucht, warnen immer mehr Ökonomen vor dauerhaften Schäden, die der Volkswirtschaft aus einem länger währenden „Shutdown“ erwachsen. Einig sind sich die Fachleute auch darin, daß die Hilfspakete von Bund und Ländern nur kurzfristig, d.h. für die Dauer weniger Wochen Schlimmeres verhindern können.

Ifo-Chef Clemens Fuest etwa erklärte gegenüber der „Deutschen Welle“, das Wiederaanlaufen der Wirtschaft werde umso schwieriger, je länger der Stillstand anhalte. Sollte sich Deutschland relativ schnell wieder aus dem „Shutdown“ befreien können, dann werde der Einbruch „wahrscheinlich fünf bis sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen“, prognostiziert Fuest. „Wenn der Shutdown allerdings länger dauert, beispielsweise drei Monate und dann ein paar Monate, bis wir wieder das Normalniveau erreicht haben, dann ist man sehr schnell bei sehr hohen Wachstumseinbrüchen bis zu 20 Prozent“ so Fuest weiter. So etwas habe sich bislang nur in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre abgespielt. Und auch heute würde Deutschland mit solchen Werten eine wirtschaftliche Destabilisierung „zumindest riskieren“.

Auch der Ökonom Daniel Stelter kommt zu einem ähnlichen Befund: Ein längerer Stillstand bringe massive Risiken mit sich. „In einem Wirtschaftssystem, in dem es immer eine ‚Vorfinanzierung‘ gibt, die hinter jedem Geschäft steht, führt ein Wegbrechen der Nachfrage zwangsläufig zu einer Welle an Konkursen. An deren Ende wankt auch das Finanzsystem“, so der Ökonom. Werde nicht gegengesteuert, sei eine Wirtschaftskrise die Folge, „die die Weltwirtschaftskrise in den Schatten stellt“.

Tatsächlich sind viele Unternehmen bereits jetzt in eine akute Klemme geraten. Nach einer aktuellen Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHT) unter 15.000 bundesweit befragten Firmen sieht sich inzwischen jedes fünfte Unternehmen von der Insolvenz bedroht. Und 40 Prozent der Firmen haben laut eigener Aussage mit Liquiditätsproblemen zu kämpfen. DIHK-Präsident Eric Schweitzer sagte dazu: „Das sollte nun alle Alarmleuchten angehen

lassen. Wenn wir uns dieser Entwicklung nicht entschieden entgegenstellen, erleben wir wirtschaftliche Schäden von historischem Ausmaß.“

„Angesichts der Opferzahl von 25.100 bei der Grippewelle 2017/2018 erscheinen die gegenwärtigen Maßnahmen wegen der Coronapandemie überzogen und im Hinblick auf die Stabilität der Wirtschaft und der sich hieraus ergebenden politischen Folgen nicht vertretbar“, so die schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Doris v. Sayn-Wittgenstein.